

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ältestenrat und Finanzausschuss	22.05.2019	öffentlich	Bericht

Betreff:

Umgang mit rechtsextremen Äußerungen und Versammlungen

**hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 27.02.2019 sowie
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28.02.2019**

Anlagen:

Antrag der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen vom 27.02.2019

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 28.02.2019

Sachverhalt

Sachverhalt (kurz):

Im Bericht werden die derzeitigen Aktivitäten im Bereich der Präventionsarbeit im museal-pädagogischen Kontext sowie eine Darlegung der aktuellen Situation vorgestellt. Des Weiteren erfolgt ein Ausblick auf die Planungen für die historisch-politische Bildungsarbeit auf dem Zeppelinfeld und der Zeppelintribüne, die auf Basis der Erhaltungsmaßnahmen zukünftig eine nachhaltige Präventionsarbeit ermöglicht. Insgesamt ist angestrebt, das Areal noch weiter zu öffnen und das Informations- und Bildungsangebot auszuweiten. Hierzu wird insbesondere auf die konzeptionellen Ansätze eingegangen, die den Aspekt der Gegenwarts- und Zukunftsrelevanz betonen.

Desweiteren werden die Möglichkeiten, aber auch Grenzen des Sicherheitsrechts (Straßen- und Wegerecht, Versammlungsrecht) und Satzungsrechts dargestellt, rechtsextreme Versammlungen bzw. Umtriebe behördlicherseits zu beschränken oder zu verhindern.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☒ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Mittel sind im Rahmen der Maßnahme bauliche Sicherung und Entwicklung des Lernorts Zeppelintribüne und Zeppelinfeld grundsätzlich enthalten.

(→ weiter bei 2.)

- ☐ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:☒ Nein (→ weiter bei 3.)☐ Ja☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)☐ Ja☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:☒ Nein☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

